Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 07.10.2025 **Drucksache** 19/**8273**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Horst Arnold, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Kein Verkauf des Strafjustizzentrums –
Bezahlbarer Wohnraum für München statt teurer Luxuswohnungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

– den geplanten Verkauf des ehemaligen Strafjustizzentrums an der Nymphenburger Straße an private Investoren sofort und endgültig zu stoppen,

– auf dem Areal ein Konzept zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu entwickeln, das der Verantwortung für die Menschen in unserer Landeshauptstadt gerecht wird,

– die im Rahmen der bisherigen Planungen entwickelte Machbarkeitsstudie unverzüglich und vollständig zu veröffentlichen.

Begründung:

Der geplante Verkauf gefährdet eine der letzten großen innerstädtischen Flächen Münchens und verschärft die Gentrifizierung und Verdrängung. Der Schritt würde bedeuten, dass der Freistaat eine seiner letzten großen verfügbaren innerstädtischen Flächen aus der Hand gibt, ohne die Möglichkeit, aktiv Einfluss auf die Schaffung dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums zu nehmen. Fehler aus der Vergangenheit sollten hier nicht wiederholt werden.

Die Münchnerinnen und Münchner leiden seit Jahren unter einer angespannten Wohnungsmarktlage. Wir erwarten daher von der Staatsregierung, dass sie ihrer Verantwortung nachkommt und im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgt, anstatt meistbietend an private Investoren zu veräußern. Die Erfahrungen aus dem Verkauf der GBW-Wohnungen vor über zehn Jahren sollten eine deutliche Mahnung sein. Ein Rückzug des Freistaates aus der wohnungspolitischen Verantwortung verschärft die Probleme und hilft nicht den Menschen, die auf leistbare Wohnungen angewiesen sind.

Ursprünglich war angekündigt worden, das Gelände selbst zu entwickeln. Der nunmehrige Kurswechsel ist daher in keiner Weise nachvollziehbar und widerspricht dem wohnungspolitischen Auftrag diametral. Auch der Mieterverein München mahnt, dass die Überlassung an private Investoren ohne gemeinwohlorientierte Bindungen ein „Schlag ins Gesicht für alle“ sei, „die gehofft hatten, dass die Landesregierung aus CSU und Freien Wählern endlich erkennt, dass sie dringend eine Wende in der Wohnungspolitik einläuten muss.“ Die Wohnungsnot in den Ballungszentren sei nur einzudämmen,

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

„wenn sich auch der Freistaat selbst stark engagiert und nicht die Verantwortung bequem an Private zu Höchstpreisen abgibt“, so die Geschäftsführerin des DMB Mietervereins München.